

WIR EURO PÄER

Mitteilungsblatt der Union
Europäischer Föderalisten
(UEF) und des Bundes
Europäischer Jugend (BEJ)
Oberösterreichs

NUMMER
MÄRZ 2001
S 10,-, € 0,73
4010 Linz; Postfach 384

1/2001

GTI General Horst PLEINER

Auch Österreich muss für seine Sicherheit entsprechende Leistungen erbringen!

Bericht von Franz Kremaier

Bei einem viel beachteten Vortrag am 19. März d. J. in Hörsching schilderte der höchste Offizier General Pleiner die Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres in einem europäischen Sicherheitssystem.

Pleiner stellte voran die Frage: Welches Sicherheitssystem?

Wir haben in Europa drei Organisationen, die für Sicherheit sorgen:

1) Die NATO, ein defensives Bündnis, eine Allianz mit Beistandsgarantien unter den 18 Mitgliedern für das Vertragsgebiet, durch die Entsendung von Truppen. Diese Organisation ist heute am effizientesten und wird von den USA dominiert. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen über einen hohen technischen Standard an modernen Waffen und Logistik. Sie tragen auch einen hohen Anteil der finanziellen Belastung für dieses Bündnis.

Die Erweiterung der NATO im Jahre 2000 um drei Mitglieder und die Bemühungen weiterer Länder, NATO-Mitglied zu werden, unterstreicht die Bedeutung dieses Verteidi-

gungsbündnisses. Eine Mitgliedschaft Österreichs bei der NATO ist längere Zeit nicht aktuell, da Österreich nicht nur wegen der Neutralität sondern auf Grund des technischen Standards und der finanziellen

Genau am Valentinstag 2001 montierten die Namensinitiatoren Reg.-Rat Heinz Merschitzka (rechts) und Dr. Franz Kremaier (3. v. li.) das FIME-Schild, das auf dem richtigen Platz in ansehnlicher Position angebracht werden sollte. Der Geschäftsführer Gemeinderat Herbert Terbuch (2. v. li.) und Konsulent Josef Bauernberger (links) überwachten die Zeremonie.

denssicherung nach außen fehlt ihr noch. Die EU hat noch keine militärischen Mittel, auf die sie zurückgreifen könnte. Die Bereitstellung von nationalen militärischen Kontingenten für eine schnelle Eingreiftruppe – „Krisenaktionstruppe“ (= ein Europakorps von 50.000 bis 60.000 Soldaten und Verfügskräfte von 150.000 bis 180.000 Soldaten) ist unerlässlich.

und Konfliktmanagement betreiben zu können. Österreich wird zwei Infanterie-Bataillone mit ABC-Abwehr-Komponenten, Militärspital, Transportlogistik und Hubschraubern zur Verfügung stellen müssen, die sich aus Freiwilligen rekrutieren.

Nach den Petersberger Aufgaben sind diese Kräfte für:

- humanitäre und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Einsätze sowie
- Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen vorgesehen.

Die Wurzeln der ESVG – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Idee einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entstand nach zwei Weltkriegen. Im erschöpften Europa, das sich in den 40er und 50er Jahren zu schwach fühlte, um der Sowjetunion alleine widerstehen zu können, ging es in erster Linie darum, die USA als Garanten seiner Sicherheit zu gewinnen. Es gab aber Bestrebungen, die sich entwickelnde europäische Integration (1951 begann mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS, jene Entwicklung, die zur heutigen Europäischen Union führte) auch mit einem sicherheits- und verteidigungspolitischen Element auszustatten.



Während der Militärrkommandant von Oberösterreich, Divisionär Helmut Kreuzhuber, als Gastgeber zur Buffeteröffnung schritt, stellte sich GTI General Horst Pleiner (2. v. li.), flankiert von Konsulent Josef Bauernberger (links), Präsident der ÖÖ. Offiziersgesellschaft Oberst Klaus Lütje (3. v. li.), Gendarmeriegeneral i. R. Hans Weber (4. v. li.) und dem stellvertretenden Landesobmann der EFB und Vorstand der UN-LIGA in Oberösterreich, Dr. Gerhard Stürmer (rechts), den Fotografen.
Foto: Kremaier

Ausstattung des Österreichischen Bundesheeres nicht mithalten kann.

2) Die EU, ein einzigartiges Werk der Friedenssicherung ist ein Zusammenschluss der Mitgliedsstaaten mit friedlichem Interessenausgleich, basierend auf der Rechtstaatlichkeit. Die Fähigkeit der Frie-

Mit dieser Krisenactionsgruppe und der Errichtung von sicherheitspolitischen Analyseplanungs-, Beratungs- und Führungseinrichtungen soll die EU ab 2003 in die Lage versetzt werden, eigenständiges umfassendes Krisen-

Mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 war jedoch das vorläufige Ende der Bemühungen um eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas gekommen. Später – vor allem französische – Versuche zur Wiederbelebung der Idee scheiterten insbesondere am britischen Widerstand.

Erst 30 Jahre nach dem Scheitern der EVG bekam die Debatte über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wieder Dynamik. Mit der „**Einheitlichen Europäischen Akte**“ von 1986 wurde eine engere Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen als ein wesentlicher Beitrag zur Ausformung einer europäischen Identität im außenpolitischen Bereich geleistet. Zunehmend kam auch die Westeuropäische Union (WEU) in diese Debatte.

Durch den Vertrag von Maastricht von 1992 wurde die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) übergeführt. Sie war freilich einem politischen und ökonomischen Sicherheitsbegriff verhaftet, wenngleich die langfristige Zielsetzung war, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu entwickeln.

Der Vertrag von Maastricht, mit dem die Europäische Union mit ihren drei Säulen (1. die Europäische Gemeinschaft, welche die EWG, EGKS, EAG zusammenführte; 2. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, GASP; 3. die gemeinsame Innen- und Justizpolitik) sah die Westeuropäische Union als verteidigungspolitischen Agenten der EU vor. Seit damals stand auch die Frage der Verschmelzung von EU und WEU auf der politischen Agenda. 1992 hatte die WEU ihre sogenannten Petersberg-Aufgaben definiert.

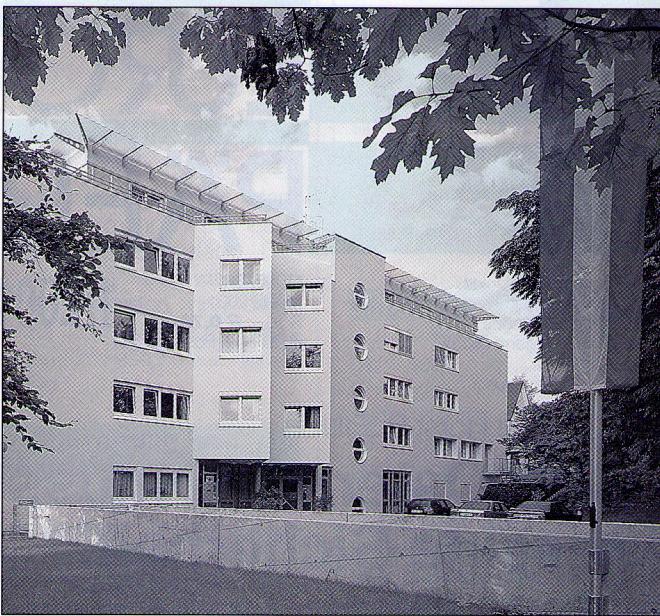
Diese Petersberg-Aufgaben sollten der Kristallisierungspunkt der Weiterentwicklung der GASP werden. Durch den **Vertrag von Amsterdam**, der 1999 in Kraft trat, wurde die GASP weiterentwickelt und die Petersberg-Aufgaben in den EU-Vertrag einbezogen. Außerdem wurden neue Institutionen (eine Strategiepla-

„Fleurope“ für das Europahaus Linz

Der Verein Europahaus Linz hat nun ein sichtbares Symbol. Seit dem Valentinstag 2001 zierte ein ovales FIME-Schild das Europahaus in Linz, Ziegeleistraße 78a.

Das Europahaus dient als Ort der Begegnung für Studenten, Lehrlinge und Schüler, vor allem aber als Heimstätte mit 104 Betten am Fuße des Froschberges im Grünen.

Das Europahaus in Linz ist sehr leicht erreichbar. Durch die Bus-Direktverbindung vom Hauptbahnhof (der nur fünf Minuten vom Europahaus entfernt ist) zur Uni Linz erreicht man auch seine Ziele in der Stadt Linz angenehm.



Der Verein Europahaus Linz Gegründet im Jahre 1967

Ziel: Das Europahaus Linz will durch Information sowie politische Bildungs- und Studienarbeit für die Idee eines vereinten Europas wirken.

Diese Idee soll durch internationale Begegnungen, Jugend- und Berufsgruppenaustausch gepflegt werden.

Weiters wird die Verbindung mit österreichischen, europäischen und außereuropäischen Organisationen und Institutionen, insbesondere mit anderen Europähäusern, gefördert.

Mittel: Veranstaltungen von Vorträgen, Seminaren, Studienreisen; Herausgabe von Publikationen; Kooperation mit Einrichtungen, die dem Vereinsziel dienen.

Mittelaufbringung: Beiträge der Mitglieder, Sponsoring aus der Wirtschaft u. ä., Subventionen aus der öffentlichen Hand, Erträge aus Veranstaltungen

Vorstand

Vorsitzender: LH-Stv. a. D. Fritz Hochmair

Geschäftsführender Vorsitzender:

Ing. Dr. Franz Kremayer

Stellvertretende Vorsitzende: Roswitha Weiss

Stellvertretender Vorsitzender:

Dr. Kurt Pießlinger

Finanzreferent: Mag. Dr. Franz Seibert

**Finanzreferent-Stellvertreter,
Koordination und Organisation**

Konsulent Josef Bauernberger

Rechnungsprüfer: Manfred Harant

RR Heinz Merschitzka

Kuratorium „Europahaus Linz“

Präsident Dr. Christoph Leitl

Univ.-Prof. Dr. Michael Schweitzer

Univ.-Prof. DDDr. Waldemar Hummer

Vbgm. GR KR Karl Blöchl

Mag. Dr. Gerhard Stürmer

Landtagspräsident a. D. Josef Schantl

Dir. i. R. Max Wratschko

nungs- und Frühwarneinheit sowie der Posten des „**Hohen Repräsentanten f. d. GASP**“, der zugleich Generalsekretär des EU-Rates ist) geschaffen.

In der Folge wurden auch ein ständiges politisches und sicherheitspolitisches Komitee (für alle Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) sowie ein EU-Militärausschuss und ein Militärstab als provisorische Organe eingerichtet.

Dass es soweit kommen konnte, hing mit der radikalen Änderung der britischen Europapolitik zusammen. Tony Blair, seit 1997 bri-

tischer Premierminister, vollzog diese Kehrtwendung hinsichtlich der britischen Position zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die beim EU-Sondergipfel im Oktober 1998 in Pötschach angedeutet wurde und bei einem britisch-französischen Gipfel im Dezember 1998 in St. Malo ihren Ausdruck fand.

Frankreich und Großbritannien nehmen von nun an eine gemeinsame Führungsrolle in der Debatte über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.

3) Die OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – ist die dritte Option eines Sicherheitssystems in Europa. Auch in dieser Organisation ist Österreich Mitglied, von insgesamt 54 Mitgliedern. Die OSZE dient dazu, die Wirtschaftsverflechtungen außerhalb der EU zu bewahren. Die OSZE umfasst das Gebiet bis zur Bering-Straße über Zentralasien nach Afghanistan. In dieser Organisation ist die Einbindung Russlands ein wichtiger Faktor.

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer:

Oberösterreich auch 2001 ein Land der Arbeit und der sozialen Wärme

Das Gemeinsame erhalten und das Miteinander fördern ist wichtigste Aufgabe der Politik im Jahr der Jugend.

Wichtigste Aufgabe der Politik ist es, das Gemeinsame zu erhalten und alles zu tun, was den Zusammenhalt fördert, erklärt Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer für das Jahr 2001. „Ein Erfolgsrezept Oberösterreichs ist die Zusammenarbeit aller Kräfte. Diese gemeinsame Arbeit fortzusetzen wird auch im Jahr 2001 meine wichtigste Aufgabe als Landeshauptmann sein“, so Pühringer.

Arbeit und Ausbildung bleiben 2001 Schwerpunkte der Landespolitik. Im Jahr 2000 ist es in Oberösterreich gelungen, die Arbeitslosenrate auf knapp über 4 % zu drücken. Dieser Weg in Richtung Vollbeschäftigung soll auch 2001 fortgesetzt werden.

Zentrales Anliegen wird auch 2001 die Jugendausbildung und -beschäftigung sein. Es soll wieder gelingen, jedem und jeder Jugendlichen in Oberösterreich ein Ausbildungsangebot zu machen.

Die **Stärkung des öö. Wirtschaftsstandortes in Europa** und weiter verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind ebenfalls Vorhaben für das kommende Jahr. „Denn der Wirtschaftsstandort entscheidet ganz wesentlich über die Beschäftigungssituation“, ist Pühringer überzeugt.

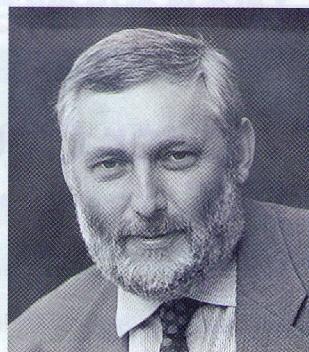
Notwendige Reformen in allen Bereichen voranzutreiben, sieht der Landeshauptmann als weiteren Schwerpunkt für 2001. Dazu gehören unter anderem die konsequente **Umsetzung der Bundesstaatsreform und die Fortsetzung der Modernisierung im Bereich der Landesverwaltung**. „Im Mittelpunkt beider Vorhaben muss die Frage stehen, **Was dient dem Bürger**“, fordert Pühringer.

Ziel muss es sein, die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen noch schneller,

kundenfreundlicher und bürgerlicher zu machen.

Oberösterreich wird auch 2001 ein Land der **Investitionen** bleiben, verweist Pühringer auf die Großvorhaben im Rahmen des Infrastrukturschwerpunktprogramms, etwa im Bereich **Verkehr** und **Spitäler**.

„Gute Wirtschaftslage, Arbeit und Wohlstand dürfen uns aber nicht auf jene vergessen lassen, denen es nicht so gut geht“, betont Pühringer.



Nach der bisherigen Vorgangsweise bei Subventionen würden sich in den Tiefkühllagern und Getreidesilos der EU bis etwa zum Jahr 2005 rund 1,5 Mill. Tonnen (!) Rindfleisch und etwa 50 Mill. Tonnen (!) Getreide angesammelt haben.

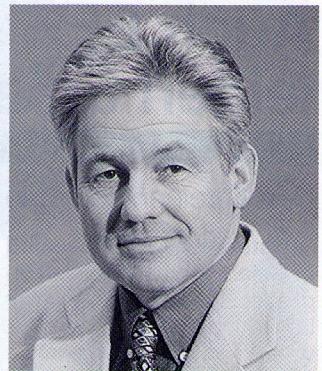
„Das bedeutet nichts anderes, als dass das der größte Getreide- und Fleischberg wäre, den wir jemals gehabt haben“, so Fischler. Und weiter: „Ich glaube, wir müssen uns einmal dazu bekennen, und deshalb finde ich diese Initiative so gut, dass die Landwirtschaft mehr Dimensionen hat als nur das Hervorbringen von Milch, Fleisch oder Getreide!“

Der EU-Kommissar unterscheidet grundsätzlich zwei Typen von Programmen für die Zukunft:

Dabei geht es einerseits um alle Bereiche, die unter dem Namen „**Öko**“ laufen, also um Umweltmaßnahmen für die Landwirtschaft. Hier steht es jetzt schon fest, dass „kein einziges Programm mehr genehmigt wird, wo nicht diese

„Oberösterreich muss daher ein Land der sozialen Wärme bleiben, in dem es selbstverständlich ist, dass Schwächere, Benachteiligte und Menschen am Rand unserer Gesellschaft unterstützt werden. Das erfordert die Mitverantwortung jedes Einzelnen, wie wir sie in zahlreichen freiwilligen Organisationen erleben. Ohne ehrenamtliches Engagement und das Eintreten für Schwächere wird unsere Gesellschaft auch in Zukunft nicht auskommen“, so Pühringer. Das Land werde selbstverständlich seinen konsequenten Weiterbau am sozialen Netz fortsetzen.

Als zentralen Punkt für die landespolitische Arbeit des Jahres 2001 nennt der Landeshauptmann auch die Fortsetzung der oberösterreichischen Anti-Temelin-Offensive. „Unsere Stärke war immer unsere Ge-



schlossenheit. So soll es auch im kommenden Jahr bleiben“, erklärt Pühringer.

„Wir haben uns in Oberösterreich einiges vorgenommen, viele Herausforderungen warten auf uns. Machen wir uns gemeinsam daran, mit Mut und Optimismus, mit neuen Ideen und Tatkräft an einer guten Zukunft zu bauen“, appelliert Pühringer zum Jahr der Jugend 2001.

EU-Kommissar Dr. Franz Fischler: Privatinitiativen sind gefordert

Die Zukunft des ländlichen Raumes

Maßnahmen enthalten sind! Stichworte dazu nennt Fischler ebenfalls: „Bio-Landbau, Landschaftspflege, Alp-Wirtschaft.“

Der zweite Bereich, der die Bauern betrifft und der damit inkludiert ist, das ist die **Förderung der Bergbauern**. Und hier gibt es, erstmalig in der Geschichte der EU, bei der Investitionsförderung in Zukunft keine Diskriminierung mehr zwischen Voll- und Nebenerwerbsbauern!

Ein zweites Bündel von neuen Maßnahmen, „die sozusagen nicht bei der Stalltür aufhören“ – so Fischler – wird unter dem Arbeitstitel „Entwicklung des ländlichen Raumes“ laufen. Hier werden alle Aktivitäten zusammengefasst, die unter den Stichwörtern „**Dorfneuerung**“ im tatsächlichen Sinn des Wortes oder „**Infrastruktur**“, und dabei ist nicht an das Wege-Netz sondern eher der Anschluss an moderne Informationstechnologien gedacht, laufen. Und die EU ist bereit, zu allen diesen Aktivitäten programmatisch und finanziell beizutragen. Diese Art der Beiträge wird jedoch in Zukunft subsidiär ablaufen: Jede Region soll selbst entscheiden

können, was passiert, wieviel passiert und wie es finanziert wird. Und der EU-Kommissar: „Aber man soll jetzt nicht zu uns kommen und sagen: Also lieber wär's uns doch, wenn man das alles in Brüssel entscheiden würde, weil wir dann nicht den Aufwand hätten und zweitens könnten wir dann weiterhin den Brüssel die Schuld geben!“

Abschließend zum Begriff „**Marktwirtschaft**“: Fischler verspricht alles zu unternehmen, dass in Zeiten der Globalisierung weiterhin ein Unterschied zwischen überseesischen Farmern mit völlig anderen Strukturen und der alpinen Landwirtschaft, gemacht wird.

„Es muss klar gemacht werden, dass in einer Region, in der pro Quadratkilometer besiedelbarer Fläche 100 oder 200 Menschen leben, nicht jenes System beibehalten werden kann, das die Amerikaner oder Australier haben. Dort betreibt man Landwirtschaft, und die Umwelt interessiert überhaupt niemanden. Hier bei uns haben wir Regionen, da betreiben wir Naturparks, da machen wir Natur, **Natur pur sozusagen**.“

Auch EFB und BEJ OÖ leiden unter zuviel Bürokratie

Den Vereinen kommen die Funktionäre abhanden

Österreichs Vereine sind in Gefahr: Immer weniger Mitglieder sind bereit oder in der Lage, eine verantwortungsvolle Funktion zu übernehmen. Manche Amtsträger in Vereinen müssen deshalb länger auf ihrem Sessel bleiben als sie eigentlich wollen, weil sich kein Nachfolger findet.

An die 100.000 Vereine

Irgendwie gilt Österreich – statistisch gesehen – als ein Land der Vereine: Nach Angaben des Innenministeriums gab es 1998 (letzte verfügbare Zahlen) bei steigender Tendenz gezählte 99.979 derartige Organisationen. Und: Ein Drittel der Bevölkerung ist bei Vereinen aktiv.

Kein G'riss um die Ehre

Vor einigen Jahren war es noch eine große Ehre, Feuerwehrkommandant oder Sportvereinsobmann in einer Gemeinde zu sein. Angesehen sind solche Ehrenämter zwar auch heute noch, doch das G'riss um solche Funktionen ist stark zurückgegangen.

Große Tradition

Vereine spielen im öffentlichen Leben eine große Rolle. Das beginnt bei der Freiwilligen Feuerwehr, geht über das Rote Kreuz, die Musikkapellen oder die Pfadfinder bis zu Sport-, Trachten- und anderen Traditionsvereinen und schließlich den Sammlern, die sich zusammenschließen, um z. B. Briefmarken, Telefonwertkarten, Teddybären oder Uniformstücke zu sammeln.

Obmann, Schriftführer und Kassier gesucht

Mit dem Mitgliedernachwuchs haben die meisten Vereine kein Problem. Schwierig wird es jedoch, wenn es darum geht, Führungsfunktionen zu besetzen, also den Obmann, den Kassier, den Kassenprüfer, den Schriftführer usw. Vereine müssen

Qualität anbieten und leisten Profiarbeit unter großem Zeitaufwand: Daher wollen wenige diese Funktionen übernehmen.

„Loben und motivieren“

Vereine sind eine ehrenamtliche Organisation, sie können nur „bestehende Kader loben und motivieren“. Unterstützung der öffentlichen Hand von Gemeinde bis auf EU-Ebene ist unerlässlich.

Auswirkungen des härteren Berufslebens

Was die Funktionärsarbeit in Vereinen aber am meisten erschwert, sind nach

Ansicht Präsident Mödlhammers die „Folgen der Globalisierung“. Die Menschen seien beruflich so gefordert, dass sie kaum mehr in der Lage sind, Freizeit zu opfern. „Das Berufsleben ist wesentlich härter geworden, und daher ist es auch schwierig, Menschen für diese Funktionen zu finden.“

Verantwortung kann eingeklagt werden

Der **Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer**, er ist der Vorsitzende der Bürgermeister aller Landgemeinden in Österreich, sieht folgende

Ursachen für diese Entwicklung:

Einerseits erfordern diese Führungsfunktionen viel Zeit und Aufwand. Es werde dem Funktionär nicht einfacher gemacht. Es entsteht immer mehr Bürokratie und Verpflichtungen gegenüber Sozialversicherung, Finanzamt und Behörden. Und man habe auch eine sehr hohe Verantwortung, „die manches Mal bereits eingeklagt wird“.

Gefahr des Rückzugs

Der Gemeindebund-Präsident sieht die Gefahr, dass sich die Menschen mehr zurückziehen und nicht mehr für öffentliche Tätigkeiten zur Verfügung stehen, wenn die Anforderungen durch das Berufsleben steigen.

Mödlhammer appelliert an den Gesetzgeber, die bürokratischen Auflagen für die Vereine zu reduzieren.

Wir gratulieren

Paul Rübig – Neuer Chef des europäischen Wirtschaftsbundes



Dkfm. Dr. Paul Rübig

Der aus Wels stammende EU-Parlamentarier Dkfm. Dr. Paul Rübig ist neuer Präsident der Generalversammlung des europäischen Wirtschaftsbundes, einer Teilorganisation der europäischen Volkspartei. Rübig wurde am Donnerstag, den 1. März 2001, in Brüssel für zwei Jahre gewählt. Sein Stellvertreter ist der ehemalige Präsident der EU-Kommission Jacques Santer.

Wir Europäer gratulieren unserem Paul und Jacques Santer dazu sehr herzlich.



Jacques Santer

Erscheinungsort Linz P.b.b.
Verlagspostamt 4020 Linz
01Z022721V

675 41/50 ! 21

IM STEINFELD 22

4072 ALKOVEN

IMPRESSUM:
Offenlegung: Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.
Medieninhaber: Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OBERÖSTERREICH.

Herausgeber:
Vorstand der EFB OÖ.
Verlagsleiter: Dr. Franz Seibert
Redaktion: Dr. Franz Kremayer,
Josef Bauernberger, alle 4010 Linz, Postfach 384.
Satz und Repros:
Manfred Prehofer, 4072 Alkoven
Druck:
Gutenberg-Werbering GmbH, Linz